

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/95

Bonn, den 21. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 3 Für die radikale Mitte 105

Von Frank Sommer,
Sprecher des Vorstandes der SPD

4 Mit Mitteln des "3-Pfennig-Fonds" 37

Bundesverkehrsminister Georg Leber wird Mehrjahres-
programm für den gemeindlichen Verkehrsausbau vorlegen

5 Mit 105-jähriger Tradition gebrochen 45

Schweden schafft das Abitur ab

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

"Von allen Seiten als gerecht und dauerhaft empfunden"
20. IAG-Novelle jetzt vor den Bundesrat
Mit fünf Abgeordneten am besten vertreten
Albert Höft 75 Jahre alt
"Fonds für revanchistische Propaganda"
Ostberliner Benützung in Skandinavien
Stipendiaten aus Osteuropa
Paketverkehr rückläufig
Ungarn begehren Waren aus der Bundesrepublik

Für die radikale Mitte

Von Frank Sommer,
Sprecher des Vorstandes der SPD

In den letzten Wochen und Monaten ist in Deutschland vieles und Richtiges über die Notwendigkeit des Dialogs geschrieben und gesagt worden, den die Parteien, die Regierenden, mit der jungen Generation zu führen hätten. An dieser Notwendigkeit gibt es keinen Zweifel, aber es wird dabei mehr als bisher darauf zu achten sein, daß dieser Dialog nicht in einer Einbahnstraße mündet, die an Vielen vorbei schließlich wieder nur zu einer Gruppe führt.

Zunächst einmal muß festgehalten werden, daß die jungen Menschen, die in den Wochen nach Ostern Straßen und Plätze vieler Städte mit lautem Geschrei erfüllten, nur einen kleinen Teil, einen verschwindend kleinen Teil der jungen Generation insgesamt ausmachen. Und von diesen ist es wieder nur ein winziger, in Prozentwerten kaum zu messender Teil der Jugend, der sich zu Gewalttätigkeiten und zu Ungesetzlichkeiten hinreißen ließ. Diese Tatsache scheinen manche zu vergessen, wenn sie von der Unruhe der Jugend sprechen. (In Frankfurt kam es gerade dieser Tage zu Zusammenstößen zwischen SDS-Mitgliedern und Studenten, die die Terrorisierung durch den SDS satt haben.)

Es ist oft genug gesagt worden - und hoffentlich handelt man nun auch entsprechend: Unsere Hochschulen müssen reformiert, gründlich reformiert werden! An vielen höheren Schulen unseres Landes herrscht heute noch ein erschreckend rückständiger, zum Teil reaktionärer Geist, der wenig geeignet erscheint, die Heranbildung verantwortungsbewußter, demokratischer Staatsbürger zu fördern. So weit, so schlecht.

Aber es scheint zuweilen, daß eine aufgeschreckte Öffentlichkeit darüber anderes übersieht. Höhere Schulen werden derzeit von etwa 20 Prozent der Schulpflichtigen besucht. Von den anderen 80 Prozent hört und sieht man wenig, so gut wie nichts. Ist deshalb in diesem Bereich alles in bester Ordnung? Mitnichten? Denn auch dort gibt es Mißstände, die zum Himmel schreien, auch dort gäbe es zu reformieren, zu verbessern. Ein Beispiel dafür: In der Berufsschule einer mittelgroßen bayerischen Stadt erhalten Lehrlinge aus Anwaltspraxen ihren "berufskundlichen Unterricht" in der Klasse der Friseurin, weil die Lehrkräfte für sie

fehlen. Es wäre fatal, wenn hierzulande der Eindruck entstünde, nur dessen Probleme fänden Gehör, der am lautesten schreit.

Demokratie ist auch Diskussion. Sie ist Diskussion auch und gerade mit den jungen Menschen. Aber Diskussion ist Dialog. Es ist gut, wenn junge Menschen Fragen stellen, auch kritische Fragen, harte Fragen. Es gab eine Zeit in Deutschland, da wurde zu wenig gefragt und zu viel pariert. Aber junge Menschen haben sich auch den Gefragten ihrerseits zu stellen. Auch ihre eigenen Argumente müssen auf den Prüfstand. Auch ihre Anliegen müssen es sich gefallen lassen, mit anderen gemessen zu werden, die ebenso ihre Berechtigung haben. Diskussion heißt, doch nicht, daß die eine Seite auf der Anklagebank und die andere auf dem Richterstuhl säße. Arroganz ist eine Tochter der Ignoranz. Wer uns damit kommt, den sollten wir damit alleine lassen. Doch bleibt es richtig, daß auch der demokratische Staat - oder gerade der demokratische Staat - ohne ein Mindestmaß an richtig verstandener Autorität nicht leben kann. Die, die das feststellen - und zuweilen den Autoritätschwund beklagen - sollten indessen eines nie vergessen: Autorität kommt aus Wahrhaftigkeit, und sonst nirgendwoher!

Etwas von jener "elitären Arroganz" - wie sie Helmut Schmidt genannt hat - findet sich auch in dem Schlagwort "Establishment" wieder. Es ist eines jener Modewörter, das - von einigen oder von einem erst einmal aufgebracht - sich einnistet, sich breitmacht und schließlich hundertfach, tausendfach gedanken- und geistlos nachgeplappert wird, bis zum Überdruß. Was soll eigentlich damit gemeint sein? Es geht wohl um die staatlichen und parlamentarischen Organe, die die Bürger durch ihre Wahlentscheidung legitimiert haben und ohne die ein Staatswesen nicht existieren kann, also in erster Linie um Bundes- und Landesregierungen und um in freier, geheimer und direkter Wahl gewählte Bundes- und Landesparlamente. Eine unwahrhaftige und auf Vernebelung der Tatsachen eingestellte Kampagne will aus diesen Organen in einem bösen Zerrbild jenes "Establishment" machen, das sich jeglichem Fortschritt selbstgefällig in den Weg stellt. Zu jenem "Establishment" gehören - um nur ein Beispiel zu nennen, - der gleiche Bundestag, die gleiche Bundesregierung, die sich standhaft weigerten und weigern, etwa die Wiedereinführung der Todesstrafe zuzulassen, obgleich diese Forderung - will man den Umfrageergebnissen Glauben schenken - von zwei Drittel der Bevölkerung befürwortet wird. Schon dieses Beispiel zeigt, wie

brüchig, wie doppelbödig jene Schlagworte sind, mit denen hierzulande Leute von bestimmter Seite die Diskussion bestreiten wollen.

Opportunismus ist immer eine häßliche Erscheinung. Sie will Achtung und Beachtung anderer wecken und erntet doch nur Verachtung. Opportunismus gibt es keineswegs nur vor "Königsthronen" - es gibt ihn auch umgekehrt. Wie leicht ist es, ein wenig Beifall zu erhaschen und wie schwer, dabei seine Glaubwürdigkeit zu behalten! Das wird auch der Bundestagsabgeordnete Dorn noch erfahren. Er hat sich und seiner Partei einen Bärendienst erwiesen mit seinem beschämenden, jämmerlichen Auftritt vor den "Notstandsgegnern" beim "Sternmarsch" in Bonn.

Verfolgt man Diskussionen zwischen jungen Leuten und Politikern, so kann man zuweilen auch folgendes beobachten: einer gewissen Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit auf der Seite der Jüngeren steht ein seltsamer Mangel an Selbstbewußtsein auf der anderen Seite gegenüber. Denagogen sind dann schnell zur Stelle, die darin "nur den Ausdruck eines schlechten Gewissens des Establishments" sehen. Dabei bestünde kein Anlaß - auch in der Diskussion mit jungen Menschen nicht - bei allen Fehlern und Mängeln, die das Bestehende in der Bundesrepublik aufweisen mag, die Leistungen dieses Volkes nach dem totalen Zusammenbruch von 1945 bis heute gering zu achten und verächtlich machen zu lassen. Es dürfte auch nicht zugelassen werden, den Standort der "politischen Mitte" als Lauheit oder gar als Feigheit diffamieren zu lassen. Wer die Geschichte kennt, der weiß, daß der Verlust dieser "Mitte" zwischen den Extremen von links und von rechts inner mit dem Verlust der Freiheit geendet und in die brutale Diktatur geführt hat.

Politik der Mitte heißt Ausgleich der Interessen in Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Politik ist es, die die Verwirklichung demokratischen Lebens in der pluralistischen Gesellschaft überhaupt erst möglich macht in ihrer faszinierenden Vielfalt. Hier - und nur hier - ist Toleranz möglich, Freiheit für den Andersdenkenden, die Voraussetzung ist für ein Leben in Freiheit und Menschenwürde. Diesen Raum zur Verwirklichung der Freiheit gilt es zu erhalten und kämpferisch zu festigen. Es ist dies, wenn man es so nennen will, die Politik der radikalen Mitte. Im Ringen darum wird jenes demokratische Bewußtsein wachsen können, dessen Fehlen von vielen in unserem Volk beklagt wird.

Mit Mitteln des "3-Pfennig-Fonds"

Bundesverkehrsminister Georg Leber wird Mehrjahres-
programm für den gemeindlichen Verkehrsausbau vorlegen

H.B. - Die kommunalen Verkehrswege sind zwar nicht in das Bundesverkehrsprogramm aufgenommen worden, doch nichtsdestoweniger ist die finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden bei ihren lokalen Großprojekten für Bundesverkehrsminister Leber und die Bundesregierung eine Selbstverständlichkeit.

Im verkehrspolitischen Programm der Bundesregierung, wie der "Leber-Plan" offiziell heißt, ist die Verbesserung der kommunalen Verkehrsverhältnisse als besonders dringlich hervorgehoben worden und ein Mehrjahresprogramm für die Gemeinde in Aussicht gestellt.

Das Mehrjahresprogramm für den Verkehrsausbau in den Gemeinden für 1969 und 1970 wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres vorliegen; im Augenblick wird es noch mit den beteiligten Ländern erörtert. Finanziert wird das kommunale Verkehrsprogramm aus den Mitteln aus der Erhöhung der Mineralölsteuer um 3 Pfennig (ab 1. Januar 1967).

Erste Erfahrungen mit dem "3-Pfennig-Fonds" liegen jetzt vor. Bundesverkehrsminister Leber wird einen entsprechenden Bericht vom Verkehrsausschuß des Bundestages und der Konferenz der Verkehrsminister der elf Bundesländer in diesen Wochen vorlegen.

In diesem Bericht wird u.a. zu lesen sein, daß die "Schätzer" im Bundesfinanzministerium eine wahre Meisterleistung erbracht haben: sie hatten das Aufkommen aus der drei Pfennig Mineralölsteuererhöhung auf 660 Millionen DM geschätzt - und 667,5 Millionen DM sind tatsächlich eingegangen. Die Gelder sind nicht ganz ausgegeben worden; 10 Prozent, rund 66 Millionen, waren Ende 1967 noch vorhanden, aber sie sind voll auf 1968 übertragen worden. In diesem und in den kommenden Jahren dürften die Einnahmen aus der drei zusätzlichen Mineralölsteuer-Pfennigen weiter steigen, aber wohl kaum in dem Umfange, der notwendig ist, um die für die Jahre 1967-1977 ermittelte gemeindliche Bedarfslücke von 11 Milliarden DM voll zu decken. Deshalb wird, da zur Zeit eine weitere Erhöhung der Mineralsteuer nicht zur Diskussion steht, möglicherweise auch an gewisse zweckgebundene Kreditaufnahme gedacht werden müssen.

Auf jeden Fall wird alles geschehen, um sicherzustellen, daß die wichtigsten Verkehrsausbauten - der Bund fördert in der Regel nur Vorhaben, deren Kosten 500.000 DM übersteigen - in den nächsten Jahren finanziert werden können.

+ + +

Mit 105-jähriger Tradition gebrochen

Schweden schafft das Abitur ab

so - Mit Beginn des nächsten Schuljahres nach den Sommerferien wird es in Schweden kein Abitur mehr geben. Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Gymnasialreform, die jetzt in dem nordischen Königreich eingeführt wird. Die offene Gesellschaft Schwedens hat es fast zwangsläufig mit sich gebracht, daß das Abitur nicht mehr ein wichtiger Bestandteil im Ausbildungsgang ist. In Schweden selbst gibt es nur wenige Kritiker, daß jetzt mit der 105-jährigen Tradition des Abiturs gebrochen wird.

Es wurde 1864 eingeführt. Damals fielen sechs von 81 Abiturienten in ganz Schweden durch. Inzwischen haben 350.000 Abgangsschüler der Gymnasien die Matura gemacht. Die Oberschule wird in Schweden drei Jahre lang und zwar im Alter zwischen 16 und 19 Jahren besucht. Gegenwärtig werden auf diesen Schulen 75.000 Schüler unterrichtet. Ein Drittel davon wird im Frühherbst zum letzten Mal das Abitur ablegen.

Künftig wird jeder Schüler nur noch das Abschlußzeugnis für die Oberschule erhalten; ein Durchfallen im eigentlichen Sinne gibt es nicht mehr. Man konnte diesen Schritt zunächst auch deshalb wagen, weil die Klassen in den schwedischen Gymnasien durchschnittlich 17 Schüler stark sind, der Lehrer also weiß, was in jedem einzelnen Gymnasiasten "drinsteckt". Vor diesem Hintergrund hat die Schule auch eine gewisse Empfehlungsgewalt über den weiteren Ausbildungsweg des Schülers.

Reichen die Zeugnisse der beiden letzten Oberschuljahre der Universität nicht für die Aufnahme aus, so gibt es einen breiten Fächer anderer Weiterbildungsmöglichkeiten für Akademiker gleicher Berufe. Wer aber in einem oder anderem Fach mit unzureichend oder ungenügend zensiert wird, kann das letzte Oberschuljahr nachholen.

In Schweden sind die Kinder vom siebenten Lebensjahr an schulpflichtig. Die ersten sechs Jahre durchlaufen alle Kinder gemeinsam. Von der vierten Klasse ab lernen alle Englisch. In der siebenten Klasse werden Umgruppierungen unter Einbeziehung freiwillig gewählter Arbeitsgemeinschaften und Fächer vorgenommen. Hier kann auch Deutsch oder Französisch gewählt werden. Wer die Schule neun Jahre lang durchlaufen hat, kann unter drei weiteren Schulformen wählen: Das dreijährige Gymnasium, bei dem es jetzt kein Abitur mehr geben wird, die Fachschule und die Berufsschule. Die Dauer der beiden letzteren beträgt zwei bis vier Jahre.

In Schweden wird Schulgeld oder Studiengebühr nicht erhoben. Es besteht volle Lernmittelfreiheit und durchweg die Ganztagschule mit freiem Sonnabend. Die Mittagsmahlzeit wird kostenlos in der Schule gegeben und nach einer Ruhepause ist der Lehrer bei der Anfertigung der Schularbeiten zugegen.

Für Schüler zwischen 16 und 18 Jahren gibt es eine allgemeine Ausbildungsbeihilfe. Bei den Universitätsstudenten beträgt sie bis 7.700 Kronen im Jahr. Eine spezielle Beihilfe als Handgeld für den Studenten von 1.750 Kronen kommt hinzu.